Die kaiserliche Spiegelfabrik zu Neuhaus 1701—1725.

Von

Heinrich Ritter von Srbik.

Als viertes Heft der von Karl Grünberg herausgegebenen Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte ist eine monographische Untersuchung von Otto Hecht erschienen, betitelt „Die k. k. Spiegelfabrik zu Neuhaus in Niederösterreich 1701—1844. Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus“¹⁾. Es ist dies eines jener Bücher, bei deren Lektüre lebhaftes Bedauern erwacht, dass ein glücklich gewähltes, der Behandlung durchaus würdiges Thema in einer den wissenschaftlichen Anforderungen keineswegs entsprechenden Weise bearbeitet und diese Bearbeitung veröffentlicht wurde. Ich habe an anderer Stelle den Nachweis erbracht²⁾, dass der Verfasser weder jene Literatur, die sich mit dem Merkantilismus als Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik und seinen hervorragendsten geistigen Führern in Österreich beschäftigt, noch auch jene Literatur kennt, die für sein engeres Thema, die Geschichte von Neuhaus und seiner Spiegelfabrik, unmittelbar in Betracht kam; an jener Stelle konnte ich auch bereits darauf hinweisen, dass die Archivarbeit Hechts eine durchaus unzulängliche war und das Übersehen wichtiger Aktenbestände des Hofkammerarchivs (k. u. k. gemeinsamen Finanzarchives) sehr wesentliche Lücken und Irrtümer seiner Darstellung verursacht, ja diese zum

¹⁾ Wien, Karl Konegen (Ernst Stülpnagel) 1909, X, 166 S.

²⁾ Deutsche Literaturzeitung 4. März 1911.

Teile geradezu unbrauchbar gemacht hat. Es ist wahrlich keine angenehme Aufgabe, solche Literatur- und Quellennachlese zu halten und, sei es auch nur für einen begrenzten Abschnitt, das zu liefern, was billigerweise Sache des ersten Bearbeiters gewesen wäre; wenn ich mich dazu trotzdem entschlossen habe, so geschah es aus zwei Ursachen. Einmal da es für die neuere österreichische Wirtschaftsgeschichte nur von Vorteil sein kann, wenn einmal gezeigt wird, dass auch ihre Erzeugnisse der fachwissenschaftlichen Detailprüfung unterliegen und Forderungen erfüllen müssen, die auf jedem anderen Gebiete historiographischer Tätigkeit zu den Selbstverständlichkeiten gehören; *exempla trahunt*. Und dann, da der Gegenstand wenigstens für einen bestimmten Zeitraum eine Neubearbeitung tatsächlich verdient.

Die Neuhauser Spiegel-, die Linzer Wollzeug- und die Wiener Porzellanfabrik sind die bedeutendsten staatlichen grossindustriellen Unternehmungen Österreichs gewesen; aus der Ideenfülle einer Zeit, die auf territoriale Wirtschaftspolitik gerichtet ist, geboren haben sie an sich das ganze Rüstzeug der merkantilistischen Staatswirtschaft verspüren müssen, sie dienten recht und schlecht dem gepriesenen Gedanken der Handelsbilanz, in ihren Schicksalen zeigt sich klar das allmähliche Überschwenken der Staatsleitung von der starrsten Reglementierung zur freien Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte, die ihnen die Todesstunde brachte. Allerdings, je mehr wir uns dem vorigen Jahrhunderte nähern, desto mehr verflacht sich die Geschichte der Neuhauser Fabrik: die Hoffnungen auf ihre staatswirtschaftliche Bedeutung erfüllten sich nur in geringem Masse und für die Staatsfinanzen bildete sie bald einen ständigen Passivposten. Schwächen schon diese Tatsachen das historische Interesse an der späteren Entwicklung, so soll überdies keineswegs geleugnet werden, dass hier aus Hechts Darlegungen das Wichtigste, die Änderung in den Ansichten der Regierung über den Wert von Staatsbetrieben, die Nachteile industrieller Betriebsführung durch Staatsbeamte und die staatliche Sozialpolitik, gut zu erkennen ist, wenngleich auch in diesen Teilen nicht Alles nach Wunsch geraten ist. Allgemeinere Bedeutung für die Geschichte des Merkantilismus kommt entschieden der ersten Periode der Fabrik, von ihrer Begründung 1701 bis zu ihrer Verpfändung an die Wiener Stadtbank 1725, zu. An den wechsellvollen Schicksalen dieser Jahre soll gezeigt werden, wie der Gedanke, der Staat müsse mit der praktischen Durchführung seiner Industriepläne den Privaten vorangehen, sie aufmuntern, eine Luxusindustrie, die reichlich Geld ins Ausland brachte, daheim einbürgern, erst in die Tatsächlichkeit tritt,

der Anteil der Monarchen, namentlich Karls VI., soll in klares Licht gestellt, die ausserordentlichen Schwierigkeiten sollen an einem Beispiele dargelegt werden, mit denen die ersten grossen Fabriksgründungen Österreichs mehr noch als anderwärts zu kämpfen hatten. Deshalb die Abgrenzung meiner Skizze, die übrigens dem schwächsten Teile der Arbeit Hechts entspricht¹⁾. —

Jener kollektivistischen Auffassung der volkswirtschaftlichen Erscheinungen, die dem Merkantilismus eigen war und die ihn in der Ausfuhr von Ware Einfuhr von Geld, in der Einfuhr von Ware Ausfuhr von Geld, in der Mehrabgabe von Waren (dem Geldwerte nach) an das Ausland Gewinn erblicken liess, der Lehre von der aktiven Handelsbilanz verdankt die Spiegelfabrik ihren Ursprung. Murano beherrschte den Markt feiner Glaswaren in den deutschen Erblanden, besorgt erwogen die Staatsmänner des leopoldinischen Österreich, welche Summen von Geld alljährlich nach der gewerbefrigen Lagunenstadt strömten. Vor Zeiten, als die Spiegelglasproduktion in Venedig selbst noch in ihrer Jugend stand, war der Gedanke aufgetaucht, durch Erhebung eines Aufschlages an den Tiroler und Kärntner Zollstätten die Ein- und Durchfuhr der Muraneser Glaswaren wenigstens dem fiskalischen Interesse des Staates dienstbar zu machen, der Staatskasse jährlich 6000 bis 8000 fl. Gewinn zu bringen²⁾. Als der Merkantilismus in Österreich, durch Becher, Hörnigk, Schröder erweckt, in voller Blüte stand, begnügte man sich mit Finanzausmassnahmen nicht mehr, die Hand streckte sich aus nach der Eroberung des wirtschaftlichen Gutes des Andern. Französische Seidenindustrie, englische Wollmanufaktur, Venezianer Zinnober- und Glaserzeugung — das sind die hervorragendsten, keineswegs aber die einzigen Ziele, nach denen man eifrigen Sinnes fahndete, im Manufakturhause auf dem Tabor entstand die staatlich privilegierte Lehranstalt, die eine Zentrale des neuen gewerbepolitischen Strebens werden sollte, die hervorragenden Anreger und Führer der Bewegung selbst, Becher und Schröder, widmeten der Einführung der fremden Industrien ihre beste Kraft. So auch der venezianischen Glasindustrie. Auf dieser Tatsache beruht die Vorgeschichte der Neuhauser Fabrik.

Ängstlich wachte die Republik über ihrem Arcanum, Verbote, Drohungen, Gefängnisstrafen und Güterkonfiskationen, sogar der Mord-

¹⁾ Ich bemerke ausdrücklich, dass jede Tatsache, für die ich Hecht nicht zitiere, in seiner Abhandlung fehlt; im übrigen muss ich jeden, der sich für die Sache interessiert, um Vergleichung von Hecht S. 16—36 mit meinem Aufsätze bitten.

²⁾ Vorschlag eines gewissen Hohstetter an König Ferdinand 1551 (Hofkammerarchiv, Verschiedene Vorschläge Fasz. 18973).

stahl¹⁾ gegen Künstler, die sich durch das Geld des Auslandes verlocken liessen, all' diese Mittel sollten das Vaterland vor der drohenden Konkurrenz der Nebenbuhler schützen. Die österreichische Regierung hingegen suchte durch Versprechen von Exklusivprivilegien, Darreichung des Verlags, Belohnungen und sonstiger Vorteile ihren Lockungen Nachdruck zu verleihen. Eine Kette von Versuchen, bei denen sie nur zu oft durch eigene oder fremde Schuld den Kürzeren zog, bis 1701 der Plan endlich zur Tat wurde. 1667²⁾ hatten schon Daniel Crafft und Hermann Aldorff für fünfundzwanzig Jahre das ausschliessliche Privileg zur Anfertigung und zum Verkaufe von porzellan- und opalähnlichen Geschirren, Kristallen und Spiegelgläsern nach venezianischer Art erhalten, Johann Joachim Becher erwarb von ihnen die Befugnis und führte Proben aus, die freilich allerlei Mängel aufwiesen; trotz seines Widerspruches setzte sich 1676 die Hofkammer über sein Vorrecht hinweg und nahm den ersten Antrag eine Venezianer Glasmachers Bernardo Marinetti an, der ein zwanzig Jahre gültiges Privilegium privativum für Erzeugung und Verschleiss von Muranenser Glaswaren erhielt und in der Glashütte des Hofkammerpräsidenten Sinzendorf tatsächlich einige Zeit eine erspriessliche Tätigkeit entfaltet zu haben scheint³⁾. Daneben zweifelhafte Existenzen⁴⁾, wie François Fleuri de Pullenoy, die zu Lasten des Staatssäckels annehmlich zu leben hofften, und Mancher, bei dem sich die Frage, ob ehrlich oder Betrüger, nicht mehr entscheiden lässt. Die Spuren solcher Männer führen auch zum erstenmale auf die Geschichte von Neuhaus.

Die Herrschaften Neuhaus, Arnstein und Fahrafeld im Gerichtsbezirke Pottenstein, Niederösterreich, waren im Jahre 1631⁵⁾ durch

1) Über die Episode des Pietro de Vetur vgl. Deutsche Lit.-Ztg. a. a. O.

2) Eine ausführlichere Darstellung des unmittelbar folgenden in meinem Buche: Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia (Wien und Leipzig 1907) S. 109 f. Über den Versuch Schröders, für die Glasfabrikation im Manufakturhause ein ausschliessliches Privileg zu erhalten, meine Abhandlung: Wilhelm von Schröder, Sitzungsberichte der Wiener Akademie, philos.-histor. Klasse 164. Bd., 1. Abhandlung, S. 72, über das Streben Colberts, in Frankreich die venezianische Glasindustrie heimisch zu machen, und die Schwierigkeiten, die den ersten Fabriksgründungen vorausgingen, vgl. jetzt das Buch von E. Frémy, Histoire de la manufacture royale des glaces en France au XVII^e et au XVIII^e siècle. Paris 1909.

3) Vgl. schon A. Ilg in L. Lobmeyr, Die Glasindustrie (Stuttgart 1874) S. 130.

4) Vgl. im Allgemeinen meinen Aufsatz: Abenteurer am Hofe Kaiser Leopold I., Archiv für Kulturgeschichte 8. Bd.

5) 14. Mai, nicht 16. Mai (Hecht S. 17).

Kaiser Ferdinand II. käuflich von Hans Paul I. Freiherrn von Wolzogen erworben worden, den der unerbittliche Glaubenszwang aus der Heimat trieb. Nach wiederholter Verpfändung an adelige Herren, Brenner, Mansfeld, Sprinzenstein, löste sie Kaiser Leopold endlich 1693 um 40.000 fl. aus dem Besitze der Mansfeldischen Erben, verpfändete sie aber alsbald wieder mit allen Rechten, den hohen Wildbann ausgenommen, an Johann Christoph Rechberger von Rechkron¹⁾, Hofkammerrat und niederösterreichischen Waldmeister²⁾, für Vorschüsse von 20.000 fl., die dieser geleistet hatte³⁾. So blieben die Güter, an einen Beamten übergeben, in einem Verhältnisse zur Hofkammer, das dieser nahelegte, die holzreichen Herrschaften für ihre Industriepläne zu verwerten.

Zwei Venezianer Giacomo Miori, maestro da specchi. und Giovanni Francesco Brotti, sein Gesellschafter, der freilich später zugab, er verstehe selbst die Spiegelmanufaktur nicht, sondern wisse nur das Geheimnis einer schönen Materie für Kristallglas, hatten wieder einmal am Wiener Hofe die Hoffnung erweckt, Venedig seine Industrie abjagen zu können. Schloss Neuhaus wurde zur Ablegung der Probe, die noch 1694 unter Aufsicht und Verrechnung des Waldbereiters Keller und unter Oberaufsicht Rechbergers erfolgen sollte, bestimmt und weitgehende Versprechungen lassen die frohe Zuversicht erkennen, der man sich hingab: wenn die Probe gelang, hatte Brotti das Werk

¹⁾ Zur Geschichte der drei Herrschaften ist vornehmlich zu vergleichen F. Schweickhardt v. Sickingen, Darstellung des Erzherzogtums Österreichs u. d. E. 2. Bd. (Wien 1831) S. 312 ff.; Histor. u. topograph. Darstellung der Pfarren, Stifte, Klöster im Erzherzogthume Österreich I./5 (Wien 1826) S. 148 ff.; Topographie von Niederösterreich 7. Bd. (1908) S. 107 ff. Im Hofkammerarchiv, Niederösterreich. Herrschaftsakten N. 1/21, liegt eine handschriftliche, sehr sorgfältig auf Grund der Originalquellen gearbeitete kurze Geschichte von Neuhaus und seiner Spiegel-fabrik bis 1723, die ich durchwegs nachgeprüft und als verlässlich befunden habe. Bei Hecht, der weder die Abteilung Niederösterreich, noch Niederösterreich. Herrschaftsakten, noch Kontrakte, noch Hoffinanz, noch Verschiedene Vorschläge kennt, ist S. 17 und 26 die Angabe, die Herrschaften seien im März 1669 an Rechberger verpfändet worden, aus einem Lesefehler entstanden; es soll heissen: am 5. März 1694.

²⁾ Rechberger übernahm auf Grund kaiserlicher Entschliessung vom 8. Dezember 1683 das Waldmeisteramt (Kontrakt vom 31. Januar 1684 und Revers Rechbergers, Hofk.-Archiv, Kontrakte A. 1277).

³⁾ Eigentlich streckte er nur 16 500 fl. bar vor und behielt 3500 fl. zur Einrichtung der Maierschaft in Händen; was er aus eigenen Mitteln über diese 3500 fl. auf Reparaturen und Meliorationen verwenden würde, sollte ihm bei der Rückzahlung des Pfandschillings bar vergütet werden. (Erwähnt im Kontrakt vom 28. Mai 1709).

fortzusetzen und wurde für eine Reihe von Jahren vor jeder konkurrierenden Manufaktur der Erblande geschützt, je nach dem Ertragnis und dem Werte des Geheimnisses stand eine angemessene Gnade in Aussicht, bis zur Vollendung der Probe erhielt Brotti monatlich 50, Miori monatlich 30 Taler, sie hatten auf Kosten des Staates einige Spiegelmeister aus Italien kommen zu lassen, deren Reisekosten und halbe Besoldung das Ärar tragen wollte; gelang dies nicht, dann sollten sie von andern Ländern taugliche Glasmacher beschaffen, für Gebäude, Materialien, Requisiten und Hilfsarbeiter zu sorgen übernahm die Hofkammer, der auch alle etwa auflaufenden Liefergelder für Reisen zur Last fielen¹⁾. Der Betrieb in Neuhaus konnte beginnen.

Drei Komponenten einten sich zu einer Resultierenden, dem abermaligen Misslingen des schönen Planes: Schwerfälligkeit, Streit, Betrug²⁾. Nach einem halben Jahre sind erst die weissen Ziegel für den Glasofen vollendet, das Brennen der roten noch nicht begonnen, für den Bau der Glashütte noch keine geeigneten Zimmerleute und Maurer gewonnen, der Abriss erst in der Zeichnung bereitet, Miori und Brotti liegen in offenem Zwiste, Miori, durch seinen Gefährten denunziert, wird von einer Hofkammerkommission in Haft genommen. Wohl nicht mit Unrecht: der Hofkammer lag die notariell beglaubigte von Brotti gelieferte Kopie eines Schreibens Mioris an seinen in Venedig lebenden Bruder Nicolo vor, in dem er von dem Drängen des Kaisers, er solle seine Verwandten und einen Meister von Murano kommen lassen, sprach, seinen bestimmten Willen ausdrückte, dass in Anbetracht der Verhältnisse in der Republik niemand sich in diese Angelegenheit mische, und einen zur Geduld mahnenden Brief forderte, den er vorzeigen wolle, damit man ihn in Ruhe lasse und er seiner Sehnsucht, nach Venedig zu reisen, nachkommen könne. Ein Zweifel an seiner Unehrllichkeit konnte kaum bestehen, mag es immerhin richtig sein, dass die Republik insgeheim allen Glasarbeitern, sobald sie Kunde von den Absichten der österreichischen Regierung erhielt, bei Verlust des Lebens das Verlassen des venezianischen Gebietes verbot und alle,

¹⁾ Hofkammerdekret an Miori und Brotti 9. September 1694 (nur im Protokollbuch Niederösterreich zu finden); Hofkammerdekrete an beide und an Reichenberger 20. November 1694 mit den Bedingungen (Niederösterreich). Vgl. schon Histor. u. topogr. Darstellung a. a. O. und H. J. Bidermann, Die Wiener Stadtbank, Archiv f. österr. Geschichte 20. Bd. S. 425, letzterer unrichtig zum Jahre 1701. Miori und Brotti hatten gar eine vollständige Wohnungseinrichtung, einen Wagen mit zwei Pferden und einen eigenen Kaplan verlangt.

²⁾ Das Folgende nach den bei Hofkammerdekret an das Waldamt vom 27. Juli 1695 liegenden Akten (Niederösterreich).

die solche Arbeiter aus dem Lande führten, mit Verbannung bedrohte. Die Vermutung war jedenfalls gerechtfertigt, dass Miori nur Geld herauslocken und dann „insalutato hospite seinen Abschied nehmen“ wolle, zumal sich auch über sein Vorleben in Schweden, Frankreich und England ungünstige Gerüchte verbreiteten. Mit Mühe vermochte Miori es zu erreichen, dass ihm unter Kautions- und Bürgschaft eines Wiener Bürgers noch zwei Monate zur Anfertigung einer kleinen Probe auf eigene Kosten bewilligt wurden und der Staat für diese Zeit sein Gehalt weiterbezahlte. Dann verschwand auch er wieder in dem Dunkel, dem er sich für kurze Zeit entrissen hatte.

Immerhin, der Anfang war gemacht, 2500 fl. hatte die Hofkammer bereits ausgelegt, Miori selbst hatte nach Frankreich und England um Arbeiter geschrieben, Neuhaus war mit Werkzeug, Materialien und einer im Bau befindlichen Glashütte versehen. Irre ich nicht, so war es ein Kristallin- und Rubinglasmeister Paul Andreas Schailly¹⁾, der die Anregung zur Wiederaufnahme der Versuche gab. Er hatte sich im Jahre 1696 kontraktlich mit der Kammer dahin geeinigt, dass ihm durch das niederösterreichische Waldamt genügender Grund und Boden am Pöllabache bei Alland, also nicht ferne von Neuhaus, bestandweise zur Errichtung einer Glashütte gegen einen Jahreszins von 800 fl., zu beginnen mit 1. Januar 1698, überlassen werde; die Glashütte, die er gleichwie die Wohnungsgebäude aus eigenen Mitteln zu erbauen und auszustatten hatte, blieb als „kaiserliche Kristallfabrik“ nur in seinem und aller männlichen den Namen Schailly tragenden Verwandten und Deszendenten Bestande mit der Berechtigung zur Anfertigung von Kristall-, Rubin- und Kreuttengläsern, die ihr freiverfügbares Eigentum sein sollten; nach dem Aussterben der männlichen Träger des Namens hatte die Fabrik samt allen Nebengebäuden, die vom Pächter ohne Entgelt zu erhalten waren, — das Ärar gewährte nur Vorteile für den Holz-, Asche-, Bierbezug, die Weidenutzung u. a. — und dem Produktionsgeheimnisse frei an das Waldamt zu fallen²⁾. Diese von Schailly errichtete Glashütte nun, von der noch heute das Dorf seinen Namen führt³⁾, sollte auch für Ablegung von Proben der Spiegelfabrikation offen stehen und Schailly wurde einer

¹⁾ So seine eigene Unterschrift; die Hofkammer nennt ihn Schaly oder Schally.

²⁾ Kontrakt der Hofkammer mit Schailly 16. August 1696 (Kontrakte B 345); Ersuchen der Hofkammer an die österr. Hofkanzlei, ihm und seinen Nachfolgern den freien Verkauf der Gläser seiner Erfindung in offenem Gewölbe in Wien zu gestatten, 10. November 1696 (N.-Ö.). S. auch Cod. Austr. 3. Bd. S. 518.

³⁾ Topographie von Niederösterreich 3. Bd. S. 453.

der Gesellschafter des wenige Jahre später begründeten Neuhauser Unternehmens; Umstände, die wohl die oben ausgesprochene Vermutung nahelegen.

Wie immer dem sein mag, so viel ist aus den bisherigen Darlegungen wohl hervorgegangen, dass die Anfänge der Spiegelfabrik Neuhaus nicht an die Transaktion mit Rechberger vom Jahre 1669¹⁾, recte 1694, anknüpfen, sondern dass von den Abmachungen mit Miori und Brotti eine direkte Linie zur endlichen Begründung der Fabrik im Jahre 1701 führt. Die Hofkammer, unter dem Drucke des Kaisers, liess nicht locker; als englische Arbeiter keine genügenden Proben lieferten, wurden Franzosen gewonnen²⁾, Kapitalisten, die für die Bau- und Einrichtungskosten und den Verlag zum Teile aufkommen wollten, fanden sich in Georg Gottfried von Koch, kaiserlichem Hof- und königlich-böhmischem Agenten, Peter Quantin und Schailly, und am 2. April 1701 kam der Kontrakt mit Rechberger und seinen drei Gesellschaftern zustande, der die eigentliche Begründung des Industrieunternehmens bedeutet. Es trägt den Namen einer kaiserlichen Spiegelfabrik, die Hofkammer tritt mit einem Achtel des Einlagekapitals der 16000 fl. in die Kompagnie und schützt das zwanzig Jahre gültige, ausschliessliche, fremde Spiegelerzeugung und -einfuhr verbietende Privileg, Gewinn und Verlust werden von den fünf Teilnehmern in gleichem Masse getragen, für die Spiegelausfuhr wird eine Zollherabsetzung von einem Drittel, für die Versendung Erleichterungen der Maut- und Zollvisitation bewilligt, der Export nach dem Orient durch diplomatische Fürsprache befördert; für den Bezug von Holz, Salz, Asche, Metall werden der Kompagnie besondere Vorteile eingeräumt, Meliorationen in Aussicht genommen, Schloss Neuhaus und Dorf Weissenbach den „Fabrikanten“ zur Wohnstätte angewiesen, eine neue Spiegelhütte bei Fahrafeld erbaut; die Direktion führt Rechberger, nach Verlauf der zwanzig Jahre sollen Gebäude, Vorrat, Materialien und Instrumente abgelöst werden, dem Kaiser bleibt das Recht gewahrt, gegebenenfalls den Betrieb selbst fortzusetzen oder ändern zu übertragen³⁾. —

¹⁾ So Hecht S. 18.

²⁾ Hecht S. 18 f. Auf S. 19 deutet Hecht eine ihm unleserliche Stelle folgendermassen an: wegen der notwendigen Privilegien „vertrösten und die dabei behörige vorbehalt · selbstn projectieren und verfassen“; zu lesen ist: vorbehalt-nussen vollents selbstn.

³⁾ Ausführlichere Inhaltsangabe bei Hecht S. 19—23, dem aber entgangen ist, dass der Kontrakt im Originale enthalten ist (B 478); eine Kopie auch in „Nieder-Österreich“ 2. April 1701.

Das nächste wichtige, neuerdings von Hecht festgestellte Ereignis ist der Übergang der Fabrik in das Privateigentum Rechbergers im Jahre 1709. Wieder erhebt sich die Frage, wie es zu dieser grundstürzenden Änderung gekommen, mit andern Worten, welches das Schicksal der Fabrik in jenen acht Jahren gewesen ist, während deren die Hofkammer wenigstens dem Namen nach Miteigentümerin war.

Das Unternehmen teilte das Geschick aller industriellen Gründungen, die ohne genügende Kapitalgrundlage, ohne zielsichere Handelspolitik der Regierung, mit unzureichenden technischen Hilfsmitteln und Arbeitskräften in Ländern ins Leben traten, die an vorzügliche fremde Einfuhr gewöhnt waren; es litt ferner unter der Ungeduld aller interessierten Teile, die ihre Geldeinlage fruchtbringend zu verwerten gehofft hatten und, von Enttäuschungen überrascht, die Flinte ins Korn werfen wollten, ohne einzusehen, dass Anfangs ein Defizit fast unvermeidlich, Reingewinn erst nach Jahren der Einbürgerung des heimischen Produktes zu erwarten sei. Die erste Zeit verlangte naturgemäss grosse Geldmittel für Bauten, Requisiten und andere Erfordernisse, die Gesellschafter aber, die Hofkammer voran, leisteten gleich die erste Zahlung säumig, so dass alsbald die gesamte Last auf Rechberger fiel¹⁾. So betrugen z. B. vom 31. Juli 1701 bis 31. Dezember 1702 die Gesamtauslagen für die Spiegel- und Lusterfabrik 14.432 fl. 57 1/2 kr., wovon die Hofkammer 2000 fl., Schailly 1311 fl., Rechberger aber 11.121 fl. 57 1/2 kr. ausgelegt hatte²⁾; als dann, wie wir gleich sehen werden, die Kompagnie zerfiel, gab die Kammer zu ihrer ersten Einlage noch einmal 3000 fl. her, sodass die Gesamtleistung des Staates für die Fabrik in bar nur 5000 fl. betrug, während Rechberger seit 1700 den gesamten Verlag aus eigener Tasche bestreiten musste. Kein Wunder, dass angesichts so geringer Opferwilligkeit der Staatskasse die Verlagsnot eine ständige wurde und Rechberger schon 1708 klagte; er habe all das Seinige in die Fabrik gesteckt, sich mit Schulden beladen und stehe vor der Gefahr seinen Kredit zu verlieren. Konnte doch 1705 erwiesen werden, dass allein für zwei Monate das Erfordernis für Materialien zur Erzeugung, Belegung und Ausfertigung der Spiegel auf 3802 fl., der Lohn der Meisterschaft auf 1469 fl., die Gesamtkosten der Fabrik also auf 5271 fl. sich beliefen³⁾. Die Geldnot mochte umso bedenklicher sein, da mit den fremden Spiegelmeistern

¹⁾ Befehl des Kaisers an das Hofzahlamt, die 2000 fl. der Kompanie auszufolgen, 26. November 1701 (N.-Ö.).

²⁾ Ausweise bei 28. Mai 1709 (N.-Ö.).

³⁾ Kontrakt vom 6. November 1705.

wohl nicht immer leicht zu wirtschaften war; dürfen wir späteren Erhebungen Glauben schenken, so trat an den französischen Fabrikanten bald Uneinigkeit und Unfleiss zutage. Neben ungenügender materieller Unterstützung liess der Staat der Fabrik aber nicht einmal die nötige erhaltungsmässige Förderung des Absatzes zuteil werden. Mit dem Datum des 2. April 1701 war ein kaiserliches Patent ausgefertigt worden, das im wesentlichen die Ausführungsbestimmungen des privilegium privativum und Massnahmen zum Schutze der Arbeiter gegen zünftlerische Anfeindungen und willkürliche Abschaffung zum Inhalte hatte¹⁾. Dieses Patent wurde nie publiziert.

Die unvermeidliche Folge muss gewesen sein, dass nicht allein der in den Erbländern vorhandene Vorrat fremder gegossener, geblasener, geschliffener, belegter und gefasster Spiegel, Wagentgläser und anderer geschliffener Gläser und Glasarbeiten in der im Patente vorgesehenen Zeit von einem Jahre nicht veräussert wurde, sondern dass auch weiterhin ausländische Erzeugnisse über die Grenze kamen, eine Konkurrenz, der gegenüber Neuhaus nicht standhalten konnte. So fiel denn ein Gesellschafter nach dem andern von der Kompagnie ab: zunächst Koch, gegen den auf die Beschwerde der Übrigen hin schon 1702 der Hofkammerfiskaladjunkt die Vertretung vor Gericht für den kaiserlichen Anteil und die den kaiserlichen Namen führende Fabrik übernehmen musste²⁾; ihm schlossen sich wenig später mit Klagen gegen Rechberger und dem Verlangen nach Auflösung des örtlichen Zusammenhanges unter den einzelnen Produktionsräumen und Verlegung des Schleif- und Polierwerkes (vermutlich zn Schaillys Glashütte) Quentin und Schailly an. Die Streitsache geriet an die niederösterreichische Regierung und Kammer, devolvierte nach vergeblichen Versuchen friedlichen Ausgleiches an den Hof, auf Grund der Untersuchung einer Hofkommission traf der Kaiser am 18. Juli 1705 zwischen den Parteien die Entscheidung, mit der er den Weiterbestand der Fabrik mit all' ihren Werkstätten in Neuhaus unter Rechbergers Direktion für geboten erklärte, den drei Teilhabern den Austritt aus der Kompagnie innerhalb eines Zeitraumes von vierzehn Tagen freistellte und ihnen für diesen Fall einen weiteren gleichen Termin zur Anmeldung ihrer Forderungen an die Fabrik zu Handen der Regierung und Kammer einräumte³⁾. Da sie erstere Frist nicht einhielten und die Erklärung,

¹⁾ Ausführliche Inhaltsangabe bei Hecht S. 23—25.

²⁾ Hofkammerdekret an den Fiskaladjunkten Dr. Greissing 20. Juli 1702 (N.-Ö.).

³⁾ Hofdekret an Rechberger 3. August 1705 (bei 28. Mai 1709, N.-Ö.).

ob sie sich an den Kontrakt halten wollen, nicht abgaben, erklärte sie die erste Instanz für unfähig in der Kompagnie zu bleiben und die Hofkammer ging am 6. November 1705 mit Rechberger allein einen Kontrakt ein, der ein neues Gesellschaftsverhältnis schuf¹⁾. Zunächst nur für zwei Monate nach der Inventur und gerichtlichen Einantwortung der Fabrik an die Hofkammer und Rechberger. Die Kammer blieb einstweilen bei der Beteiligung mit einem Achtel der Einlage und des Gewinnes und Verlustes, behielt sich aber eine Erhöhung vor, für ihren Anteil wurde dem Hofkammerrate Tinti die Aufsicht und Interessenvertretung übertragen, Rechberger stand es frei weitere Gesellschafter zu werben. Das wichtigste Zugeständnis an die Fabrik war, dass ihr von nun an genügender behördlicher Schutz gewährt werden sollte: der Hofkammerprokurator hatte Rechberger in allen die Fabrik betreffenden Angelegenheiten und allen der Hofkammer mit ihm gemeinsamen Dingen gerichtlich und aussergerichtlich zu vertreten, das Patent vom 2. April 1701 sollte nun endlich auf den Namen Kaiser Josefs I. umgefertigt und in allen Ländern veröffentlicht werden. Dieses Provisorium wurde zum Definitivum, die Berufung der ausgeschlossenen Teilhaber nach Hof behufs Wiederherstellung der Kompagnie abgewiesen und ihnen nochmals ein vierzehntägiger Termin zur Anmeldung ihrer Geldforderungen bei der Regierung gewährt, dessen Nichteinhalten den Verlust ihrer Ansprüche zur Folge haben sollte²⁾.

Ich weiss nicht, aus welchen Umständen es zu erklären ist, dass das Patent wieder nicht publiziert wurde, durch das dem privilegium privativum erst Geltung verschafft werden sollte; ein grosser Übelstand blieb demzufolge unbehoben und die 3000 fl., die von der Hofkammer ausgezahlt wurden, konnten dem Verlagsmangel auch nicht abhelfen. Unfähig oder müde, weitere Zahlungen für ein anscheinend unheilbares Unternehmen zu leisten, suchte sich endlich die Finanzstelle ganz aus der Affäre zu ziehen. Ungeachtet der wiederholten Versicherungen der Kaiser Leopold und Josef, die Fabrik erhalten und stärken zu wollen, ungeachtet der abschreckenden Wirkung, die ihr Vorgehen auf den Unternehmungsgeist überhaupt ausüben musste, erklärte sie zu Ausgang des Jahres 1707³⁾, aus der Geschäftsgemeinschaft mit dem Waldmeister auszutreten, ihm ihren Anteil gänzlich zu überlassen und auf die Einlage von 5000 fl. zu verzichten, so dass

¹⁾ Original B. 619, Kopie N.-Ö. a. a. O.

²⁾ Hofdekret an Rechberger 12. April 1706 (N.-Ö. a. a. O.)

³⁾ Hofkam^{mer}dekret an Rechberger 29. Dezember 1707 (N.-Ö. a. a. O.).

sie weiter mit der Spiegelfabrik nicht das Geringste zu tun habe, die Oberaufsicht zurückziehe, kein Patent mehr erlasse; so dass ferner die Kontrakte ihre Giltigkeit verlieren, der Kammerprokurator keine Vertretung mehr zu führen, Rechberger selbst seine Forderungen gegenüber den früheren Konsorten zu verfolgen habe und durch einen Revers die Hofkammer jeder Verpflichtung ledig spreche; von den zugebilligten Vorteilen sollte nur die Mautherabsetzung auf zwei Drittel in Geltung bleiben, die Verbindung der Fabrik mit den Herrschaften Neuhaus, Fahrafeld und Arnstein weiterhin keine organische, nur eine durch Kontrakt für gewisse Bedürfnisse des Unternehmens zu regelnde sein.

Vergessen waren also alle volkswirtschaftlichen Erwägungen, der Gedanke an das landesfürstliche Interesse und das *bonum publicum*, an die Kommerzien, die das Geld im Lande halten und fremdes hereinbringen, an die grossen Opfer, die andere Staaten, Frankreich, Kurmainz, Brandenburg, für ihre Spiegelfabriken gebracht, bevor sie zur Blüte gelangten. Die ängstliche Sorge um einige tausend Gulden bewog zu einem Schritte, der jedem Einsichtigen das Opfer der Fabrik bedeutete. Welcher Kapitalist hätte wohl seine Mittel an ein Unternehmen gewagt, von dem die Hofkammer selbst die Hand gezogen hatte und das verschuldete Privateigentum eines vom Staate im Stiche gelassenen Beamten geworden war? Rechberger wehrte sich mit allen Kräften, die Sorgen für ein Werk, das ihm „nichts anderes als viele graue Haare und unaussetzliche Kummernis nebst einer fast nicht mehr erschwinglichen Schuldenlast verursacht“, allein auf sich zu nehmen. Die Fortführung des Betriebes schien nur unter der Bedingung möglich, dass ihm der landesfürstliche Schutz und der Beistand der Hofkammer auch weiterhin gewährt, die früher zugestandenen Benefizien aufrecht erhalten, das Patent endlich umgefertigt und veröffentlicht, der niederösterreichische Kammerprokurator zur fernerer Verteidigung und Vertretung der Fabrik als einer kaiserlichen angewiesen werde und auch den noch schwebenden Prozess gegen die früheren Gesellschafter zu Ende führe und dass die Verbindung der Fabrik mit den drei Herrschaften gewahrt werde; würde ihm dies alles zugestanden, dann wollte Rechberger gegen Überlassung der 5000 fl. Einlage die Hofkammer durch Revers aller Verpflichtungen ledig sprechen und auch die Befriedigung der drei ehemaligen Gesellschafter allein auf sich nehmen¹⁾. Um nur die eigene kostspielige Schöpfung loszuwerden, schlug die Hofkammer ein und übergab durch Kontrakt vom

¹⁾ Rechberger an die Hofkammer Februar 1708 (N.-Ö. a. a. O.).

28. Mai 1709¹⁾ Rechberger die Fabrik samt allen Vorräten, Instrumenten und Materialien zu freiem erblichen Eigentum mit Aufrechterhaltung aller wesentlichen früheren Rechte, Privilegien und Vorteile und Erfüllung aller von Rechberger gestellten Forderungen; auf ihr Ablösungsrecht verzichtete die Hofstelle gegen Wahrung eines Vorkauf- oder Einstandsrechtes mit gleichen Bedingungen und um den gleichen Preis barer Bezahlung, falls Rechberger oder seine Erben einem Dritten die Fabrik verkaufen wollten und der Anspruch der Hofkammer innerhalb von vier Wochen nach der Verkündigung angemeldet werde²⁾ Neue Vereinbarungen erforderte die von Rechberger angestrebte bleibende Vereinigung der Fabrik mit den Herrschaften. Die Zeit der Pfandschaft war geendigt, bei der Abrechnung erwies sich, dass Rechberger über jene 3500 fl., die ihm seinerzeit in Händen gelassen worden, für Reparaturen und Meliorationen noch 19.371 fl. 46 kr. verwendet hatte; diese Summe wurde mit Einschluss jener 3500 fl. durch Pauschhandlung auf 15.000 fl. vermindert, sodass die Hofkammer dem Waldmeister, der auf einen Pfandvertrag nicht mehr eingehen wollte, nunmehr an Pfandschilling und Meliorationen 32.000 fl. hätte bezahlen müssen. Ausserstande diese Zahlung zu leisten, entschloss sich der Kaiser zum Verkaufe von Schloss und Herrschaft Neuhaus, Gut Arnstein und Edelsitz Fahrafeld samt der Tätz, Haus- und Drittelsteuer, Gülten und Rechten an Rechberger um den Pauschalpreis von 41.000 fl., ausgenommen die Kaltenbergischen Waldungen und den hohen Wildbann³⁾.

¹⁾ Nicht 28. März, wie Hecht S. 26 irrig las.

²⁾ Genauere Inhaltsangabe bei Hecht S. 26—28. Dazu Kommissionsreferat an die Hofkammer bei 2. März 1720 (Verschiedene Vorschläge Fasz. Nr. 18984), der Kontrakt im Original B. 709, der Revers Rechbergers B. 811, Kopien auch N.-Ö. 28. Mai 1709, dabei auch das Hofkammerreferat.

³⁾ Der Verkaufbrief, 28. Mai 1709, der nach Hecht (die wenigen Zahlenangaben falsch) S. 26 A. 3. in den Akten nicht enthalten ist, liegt in N.-Ö. a. a. O. — Der Schätzungswert der Güter war folgender: Neuhaus 8329 fl. 37 kr., Arnstein 3716 fl. 38¹/₂ kr., Fahrafeld samt Tätz, Ungeld u. a. 26 716 fl. 43 kr. 1 ¹/₂, die Wälder samt dem Grunde ohne den Kaltenberg 6020 fl., zusammen 44 782 fl. 58 kr. 3 ¹/₂. Von den pauschaliter vereinbarten 41 000 fl. sollten zuerst die darauf haftenden 16 500 fl. Pfandschilling, 15 500 fl. für Meliorationen, zusammen 32 000 fl. abgezogen, der Rest mit 9000 fl. sollte abgeschrieben werden von den 1694 zur Abfertigung der Mannsfeldschen Erben bar vorgestreckten 29 510 fl., von denen erst 4510 fl. Kapital abgeführt worden waren; sodass gleich von diesen 25 000 fl. 6000 fl., die übrigen 3000 fl. nach verstrichener Ediktalschirmungszeit abzuschreiben waren. — Ebenda die Weisungen an das n.-ö. Waldamt und die n.-ö. Landschaftsverordneten vom selben Tage.

Eine neue Episode in der Geschichte der Spiegelfabrik war angebrochen, die eines Privatunternehmens Rechbergers, dem nur der Schutz, Privilegierung und Name einer kaiserlichen Fabrik noch geblieben war, mit dem das Ärar als Unternehmer aber nichts mehr zu tun hatte. —

Wie kam es, fragen wir weiter, dass elf Jahre später der Kaiser sein Einstandsrecht geltend machte, wer gab den Anstoss zu diesem entscheidenden Schritte, kurz gesagt, wie wurde der langjährige mittelbare und unmittelbare Staatsbetrieb begründet, der dieser Fabrik ihre eigentliche historische Bedeutung gab und sie 124 Jahre lang zum Objekte der wechselnden staatlichen Wirtschaftspolitik machte? Fragen, deren Aufhellung immerhin der Mühe Wert ist und denen mit der nackten Feststellung der Tatsachen des Jahres 1720 nicht beizukommen ist.

Ich kann der privaten Betriebsführung unter Rechberger selbst — naturgemäss lassen auch die sonst reichlich fliessenden Quellen im Stiche — nur wenige Worte widmen. Die Fabrik arbeitete anscheinend sehr gut, den Markt aber vermochte sie sich noch immer nicht zu erobern, namentlich die böhmischen Erblände, die der fremden Einfuhr trotz der endlichen Veröffentlichung des Patents am 30. April 1709 noch immer offen blieben, konnten nicht gewonnen werden. Rechberger stürzte immer mehr in Schulden und musste sich Geldgebern ausliefern, die seine Lage noch ungünstiger gestalteten, schliesslich geriet er ganz in die Hände eines Mannes, der bedeutende Kapitalien in der Fabrik und dem Spiegelhandel investierte, alle Gewalt an sich zog und den Gewinn aus dem Unternehmen allein einstrich: des Kaufmannes Georg Bartholomeus Vischer, „Interessent und Konsument der kais. privilegierten Spiegelfabrik“¹⁾. Er fertigte Rechbergers Gesellschafter Franz Jakob Ferner mit 31 162 fl. 57 kr. ab und trat in alle seine Rechte ein, Rechberger musste ihm durch Kontrakt vom 4. April 1716 die Fabrik und den gesamten Spiegel- und Gläservorrat für die ganze Dauer des Gesellschaftsverhältnisses als Hypothek einräumen, ja schliesslich letzteren eigentümlich überlassen, und trotzdem standen bei des ersten Fabriksherrn Tode noch 12 552 fl. 47 kr. Ferner'sche Übernahmsschuld an Vischer zu zahlen. Vischer hatte ein förmlich monopolisches Recht auf den Bezug der Neuhauser Pro-

¹⁾ Das Folgende vornehmlich nach Vischers Eingaben an den Kaiser und seinen „Manquirungs-Puncta“ und „Ohnvorgreifliche Erklär- und ohnmassgebliche Remedierung“, beide letztere vom 20. September 1718 bei 2. März 1720 (Verschiedene Vorschläge Fasc. Nr. 18 984).

duktion: monatlich mussten ihm kontraktgemäss um 1500 fl. Spiegelwaren geliefert werden, die Bezahlung der Fabrikanten allein machte 700—800 fl. aus (so wenigstens 1719), Vischers hoher Rabatt 200 fl., die monatlich abzutragende Ferner'sche Schuldpost 500 fl., so blieb Rechberger fast kein Kreuzer zum Erkauf der Materialien und zur Bezahlung der Mauten, während Vischer nebst dem Rabatt noch den Verschleissgewinn allein einstrich, seine Kapitalien also sicher sehr gut verzinste. Allerdings musste er immer wieder Bargeld auf die Fabrik aufwenden, aber sein Habenkonto stieg ja und schliesslich musste das Unternehmen dann doch in sein alleiniges Eigentum übergehen. So mag sein Plan gewesen sein. Da starb im Jahre 1717 Rechberger, dessen böses Schicksal die Fabrik geworden war. Der Passivenstand der Verlassenschaftsmasse ergibt ein ungeheuerliches Bild. An erster Stelle standen die Forderungen des Ärars, die sich aus Rechbergers Verwaltung des Waldmeisteramtes ergaben: an Kapital 48 559 fl. 29 $\frac{1}{2}$ kr., an Interessen, nur vom Tage der letzten Liquidation 1. Januar 1716 bis 31. Dezember 1718 gerechnet, 9222 fl.; die Gegenforderungen der Rechberger'schen Erben für Spiegellieferungen an den Hof beliefen sich nur auf 13 753 fl. 45 kr. 2 fl. , sodass die Hofkammer noch 34 806 fl. zu verlangen sich für berechtigt hielt¹⁾. Es sei gleich hier bemerkt, dass Kaiser Karl gnadenhalber wegen der langjährigen verdienstvollen Amtswirksamkeit Rechbergers und da er auch Interessen- und Gehaltsrückstände zu fordern hatte, 1719 erklärte, sich mit einer von den Erben des Verstorbenen angebotenen Pauschalzahlung von 12 000 fl. zu begnügen, und als auch diese Summe trotz wiederholten Drängens der Hofkammer und ihres Prokurators²⁾ nicht erlegt wurde, noch 5000 fl. nachsah, da ja Rechberger durch die Spiegelfabrik um sein Vermögen gekommen war³⁾. Zu den Forderungen des Ärars traten die der Privatgläubiger Rechbergers, die am 28. September 1717 in einer Höhe von 239 326 fl. 8 kr. 2 $\frac{1}{2}$ fl. an die Verlassenschaftsmasse angemeldet wurden⁴⁾, endlich die Vischers als Gesellschafter,

¹⁾ Zahlreiche Akten über die Abrechnung bei 11. März 1711 (N.-Ö.).

²⁾ Hofkammerdekrete an die Prokuratur 11. Dezember 1718, 19. August 1719, an die Rechbergerschen Erben 11. März und 15. Juli 1719 (ebenda).

³⁾ Befehl an die Universalbankalität 23. April 1720 (ebenda); die Grösse des Nachlasses bestimmte der Kaiser selbst (Hofkammerreferat ebenda). Das Absolutorium über die Waldamtsadministration von 1712 bis Ende 1716 erfolgte erst 1721 (Hofkammer an die Hofbuchhalterei 16. Juli 1721, ebenda).

⁴⁾ Darunter Koch mit 13 235 fl. 2 kr., Quantin mit 20 756 fl. 46 kr., Schailly mit 16 941 fl. 59 kr., Summen, die sie Rechberger wahrscheinlich erst nach ihrer Ausschlussung aus der Kompanie vorgestreckt hatten.

Verlegers und Abnehmers. Dem gegenüber als Aktiven die Fabrik und die Herrschaften im Werte von nur etwa 90 000 fl. und das vermutlich sehr geringe Privatvermögen des Verstorbenen — eine geradezu verzweifelte Situation.

Zwischen Rechbergers Witwe und Kindern und Vischer kam es bald zu den heftigsten Streitigkeiten. Vischer klagte jene auf Bruch des mit dem Erblasser geschlossenen Vertrages. Nach seinen Angaben konnten Bestellungen für Graz und Linz durch Schuld der Fabrik nicht vollzogen werden, in den böhmischen Erbländern war das Verbot der Einfuhr fremder Spiegel gegen das Versprechen des Kontrakts noch immer nicht durchgeführt, das Hauptlager in Wien mit totliegendem Vorrat überhäuft, trotzdem musste er monatlich um 1500 fl. weitere Waren beziehen; die zugesagte Heranziehung mehrerer tüchtiger Arbeiter und Vergrößerung des Unternehmens war nicht geschehen, grosse von Vischer bestellte Spiegel wurden nicht geliefert¹⁾, wogegen ihm unbestellte nach Belieben der Arbeiter verfertigte Stücke aufgebürdet wurden und die regelmässigen Monatslieferungen stark im Rückstande blieben. Die Gegenpartei wieder behauptete, Vischer zeige seine Bestellungen nicht rechtzeitig an, wolle immer nur bestimmte Sorten annehmen und verlange nur makellose Ware mit den kürzesten Lieferungsfristen, daher der grosse Vorrat kaufrechten Gutes in Neuhaus selbst, der aber nicht zu Geld gemacht werden dürfe, der „Konsument und Interessent“ suche nur übermässigen Gewinn und verderbe die Fabrik. Es fällt immerhin zu Gunsten dieser Partei ins Gewicht, dass eine Untersuchungskommission im Jahre 1719 die Fabrik in sehr gutem Zustande antraf, aber die Anhäufung von fertiger Ware in Neuhaus bestätigen musste und von den Fabrikanten — es waren jetzt fast nur Deutsche, die einträchtig und emsig arbeiteten — eine Bekräftigung der gegen Vischer gerichteten Vorwürfe erhielt²⁾. Weitere Differenzen ergaben sich aus der Frage, ob Vischer zu einer Einmischung in den Fabriksbetrieb berechtigt sei, endlich klagte dieser bei der n.-ö. Regierung, verschiedene Tagsatzungen einer Extrajudizialkommission führten zu keinem Vergleiche, Vischer bestürmte den Kaiser mit Eingaben, er möge ihn wenigstens zum Administrator der Fabrik

¹⁾ Erwähnt werden Bestellungen für Prinzen Eugen und Fürsten Trautson; Eugen musste den Spiegel dann aus Lohr kommen lassen. Ein Kontrakt der Hofkammer mit Vischer über Lieferung von zwei Spiegelgläsern für das Zimmer der regierenden Kaiserin à 1000 fl., 1. April 1718, C. 260; dazu Befehl an die Universalbankalität 11. Juni 1718 (Hofffinanz).

²⁾ Referat der Kommission an die Regierung und Kammer übergeben 3. Oktober, der Hofkammer präs. 16. Dezember 1719, bei 3. Februar 1720 (N.-Ö.).

bestellen, seine Gegner verlangten die Annullierung des doch noch zu Recht bestehenden Kontraktes, am 12. Mai 1719 fand eine vom landmarschallischen Gerichte angeordnete öffentliche Versteigerung der Rechbergerschen Effekten an den Meistbietenden statt. Niemand meldete sich, der mit den grossen Passiven (derzeit 12 000 fl. Schuld an die Hofkammer, etwa 12 000 fl. rückständiger Landsteuer, über 40 000 fl. Forderung Vischers) Fabrik und Güter übernehmen wollte¹⁾; mehrmals wurde der Termin erstreckt, das Unternehmen schien unrettbar dem Untergange verfallen, Vischer war an seinem Ziele angelangt.

Als Niemand ein annehmbares Angebot stellte, traten Vischer und der Hofkammerrat Johann Franz Edler von Kirchstetner als Meistbietende auf und vor der landmarschallischen Kommission verkauften ihnen am 23. Dezember 1719 mit Einverständnis aller Gläubiger der Curator bonorum, Ferdinand Joseph Rechberger von Rechcron, kaiserlicher Hof- und Feldkriegssekretär, und der curator ad lites Dr. Johann Leopold Bahr um 92 000 fl. die Spiegelfabrik und die Güter Neuhaus, Arnstein und Fahrafeld samt aller Zugehör, Rechten und Privilegien²⁾. Die Käufer glaubten sich in Erinnerung an das Jahr 1707 gegen etwaige Einsprüche der Hofkammer durch die Bestimmung zu sichern, dass eine Trennung der Fabrik und der Güter den Vertrag auflöse, sie trafen keine Abmachung über das Wiener Lager, das ja Vischers Eigentum war, und begnügten sich, wie sie meinten pro forma, der Kammer die Anzeige wegen etwaiger Geltendmachung des Einstandsrechts binnen vier Wochen zu erstatten. Nach dem Verstreichen des

¹⁾ Undatierte Eingabe Vischers (Versch. Vorschläge a. a. O.) Auf 150 000 fl. schätzt er nun die Forderung der Privatgläubiger Rechbergers an dessen übrige Verlassenschaft.

²⁾ Kontrakt vom 23. Dezember 1719 (Kopie N.-Ö. bei 3. Februar 1720), inseriert auch im Kontrakt vom 3. Januar 1720 (vgl. unten S. 312 A. 2), Orig. C. 310. Der Kaufschilling betrug 70 000 fl. für die drei Herrschaften, für die Fabrik samt Privilegien und Zugehör 20 000 fl., für den Beilass 2000 fl. (vgl. Hecht S. 29). Gleich bei der Übergabe der Herrschaften und Fabrik hatten die Käufer die 12 000 fl. Hofkammerforderung und die rückständige Landesanlage und Fleischkreuzerbestandsteuer von 11 591 fl. 59 kr. 1 $\frac{1}{2}$ zu bezahlen, den Rest mit 66 408 fl. 3 $\frac{1}{2}$ innerhalb zwölf Jahren abzutragen, so dass sie während der ersten vier Jahre nichts an Kapital, sondern nur die vom Pfandschillingsrest zu 6% laufenden Interessen von Quartal zu Quartal, während der folgenden acht Jahre je ein Achtel des Kapitals samt halbjährigen Zinsen bezahlen; bis zur völligen Kapitalabtragung bleibt den Rechbergerschen Erben das Hypothekarrecht auf die drei Herrschaften aufrechtstehen. Mit Rechbergers Gläubigern haben die Käufer nichts zu tun. Für die Ablösung des Spiegel- und Gläservorrates bei der Fabrik und des Wirtschaftsinventars, die in jenem Kaufpreise nicht verstanden waren, werden besondere Abmachungen getroffen, für erstere kein Rabatt bewilligt.

Termine hatte die Einantwortung an Vischer und Kirchstetner zu erfolgen. Schon erklärte die Hofstelle, für diesmal von ihrem Vorkaufrechte abzusehen, Vischer erlegte sofort den grösseren Teil der ausständigen Landschaftsanlagen und stand bereit, dem Ärar die schuldigen 12 000 fl. zu bezahlen, — da plötzlich meldet am 15. Januar 1720 der Hofkammerprokurator bei der Regierung und Kammer an, es sei des Kaisers „ernstlicher Wille und Spezialbefehl“, dass das Ärar Fabrik und Herrschaften selbst einlöse¹⁾.

Die Tatsache erfordert gewiss Beachtung und dient zur Charakteristik Karls VI., dass er aus eigenem Antriebe, mit Verwerfung des Beschlusses seiner Finanzstelle, „im Interesse seines Dienstes und des Nutzens der Allgemeinheit“ es für nötig hielt, die Fabrik dem Staate zurückzugewinnen. Ein Vertrauensmann, der geheime und Finanzkonferenzrat Bernhard Georg Freiherr von Mikosch²⁾, erhielt vom Kaiser den persönlichen Befehl, Güter und Industrieunternehmen kraft des kaiserlichen Vorkaufrechtes als sein Eigentum an sich zu bringen, die nötigen Geldmittel (90 000 fl.) versprach Karl samt den Interessen zu verschaffen³⁾. Die Lage ist klar: als der kaiserliche Wille durchgeführt

¹⁾ Beschwerde und Gesuch Vischers präs. 3. Mai 1720 (Versch. Vorschläge a. a. O.).

²⁾ Nicht Graf (Hecht S. 29) Mikosch; er wurde erst im nächsten Jahre in den Grafenstand des Königreichs Ungarn erhoben; vgl. C. v. Schwabe, Versuch einer Geschichte des österr. Staats-Credits- und Schuldenwesens (Wien 1860) S. 133.

³⁾ Ich gebe das kaiserliche Handbillet an Mikosch wegen seiner Wichtigkeit mit modernisierter Orthographie wieder: Es erfordert mein Dienst und des publici Nutzen, dass die in Österreich befindliche, vor andern in guten Stand gebrachte Spiegelfabrik in solchen Händen sei, allwo ich gesichert sein möge, dass solche nicht allein in gutem Stand erhalten und fortgesetzt, sondern auch so viel möglich weiters perfektioniert werde. Da sie nun samt den Gütern Neuhaus und Fahrafeld um 90 000 fl. zu wirklichem Verkauf gebracht wurde, mir aber diesfalls ein Einstandsrecht vorbehalten worden ist, also will und befehle ich hiemit, dass Ihr in diesen Kauf eintreten und das Gut mit der Fabrik als Euer Eigentum an Euch bringen sollt. Die hiezu erforderlichen Geldmittel per 90 000 fl. belangend, die will ich Euch, soviel Ihr dermalen nötig habt, gleich jetzt, den Überrest aber in den vermöge des Kaufkontrakts paktierten Terminen, auch so tunlich ist noch eher, aus den mir von Euch zu erstattenden Vorschlägen bewilligen und cum omni quod interest richtig verschaffen, folglich Euch und die Eurigen dieses Kaufs halber in allem frei und schadlos halten. Ihr werdet also meinem Befehl sofort nachkommen, die Fabrik und Güter an Euch bringen und die Fabrik mit allem Fleiss fortsetzen, auch in gutem Stande zu halten Euch bestermassen anlegen sein lassen.

Carl.

Wien 13. Januar 1720.

war¹⁾, „galt Mikosch wohl nach aussen hin als Besitzer der Fabrik, er war aber doch nur ein Strohmann des Kaisers“. Die Fabrik war, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich zum Staatsunternehmen geworden.

Mikosch trat in dem am 3. Februar 1720 mit der Hofkammer geschlossenen Verträge ausnahmslos in alle Rechte, aber auch in alle Verpflichtungen und Lasten ein, die Kirchstetner und Vischer und nach der Einlösung die Hofkammer gegenüber der Rechbergerschen Verlassenschaftsmasse übernommen hatten²⁾. Vischer aber war um alle seine Hoffnungen betrogen, des Erfolges jahrelanger Berechnung beraubt; mehr noch, er war materiell schwer geschädigt. Gegen den kaiserlichen Willen konnte er sich nicht auflehnen, obzwar es zum mindesten zweifelhaft war, ob sich das Einstandsrecht auch auf die Herrschaften, nicht nur auf die Fabrik erstrecken durfte. Er hatte von dem Unternehmen als Rest der Ferner'schen Übernahmepost noch 12 552 fl. 47 kr. zu fordern, die ihm zweifellos gehörten; was sollte aber mit dem grossen in seiner Wiener Niederlage befindlichen Spiegel- und Gläservorrat geschehen, der ihm eigentümlich gehörte, von ihm auf etwa 25 000 fl. geschätzt wurde und über dessen Schicksal, wie erwähnt, kein Abkommen getroffen worden war! Er hatte ihn ja nur bezogen, um als Entgelt den Fabriksbetrieb fortsetzen zu lassen, als bestellter Konsument der Fabrik, von der er nun ausgeschlossen war; Mikosch sah anfangs ein, dass er auch dieses Lager ablösen müsse, dann weigerte er sich es zu tun, da ja keine strenge rechtliche Verpflichtung bestand. Eröffnete nun Mikosch ein eigenes Spiegelgewölbe in der Stadt und suchte er, wie natürlich, seine Erzeugnisse in allen Erbländern abzusetzen, so war Vischer jede Verkaufsmöglichkeit so gut wie abgeschnitten. Das Verlangen Vischers, Mikosch solle ver-

(Kopien N.-Ö. bei 5. April 1723 und N.-Ö. Bancale bei 20. Dezember 1765. Hecht kennt letztere Kopie, hat aber ihre Bedeutung nicht erkannt, wie er denn auch S. 35, Anm. 1 dieses Handbillet an Mikosch mit einem schlichten, kanzleimässigen Immediatbefehl an Saffran vom 14. September 1724 verwechselt).

¹⁾ Dass des Kaisers persönlicher Wille allein massgebend war, geht auch aus der Eile des Vollzugs hervor: noch am selben Tage, 13. Januar 1720, erhielt der Kammerprokurator den Befehl, das Einstandsrecht bei der Regierung und Kammer anzumelden (Hofkammerdekret, N.-Ö.), am 15. geschah dies (s. oben S. 311), am 31. schon genehmigte Karl das Hofkammerreferat (N.-Ö.), am 3. Februar wurde der Kaufkontrakt geschlossen. Man denke an den schleppenden Geschäftsgang jener Zeit!

²⁾ Der Kontrakt im Orig. C 310, in Kopie in N.-Ö., ersteres mit Datum 3. Januar, letztere 3. Februar. Die Datierung des Originals beruht gewiss auf einem Schreibfehler. Versicherungsdekret für Mikosch 3. Februar in N.-Ö.

pflichtet werden, ihm diesen Vorrat nach dem Tarif abzulösen, kann demnach nicht unbillig genannt werden¹⁾. Versuche der n.-ö. Regierung, einen gütlichen Vergleich herbeizuführen, scheiterten, jahrelange Prozesse, in denen schliesslich doch die Hofkammer den Kürzeren zog, waren die Folge. Nachdem die Finanzstelle Vischers Ansprüche durch den n.-ö. Kammerprokurator hatte abweisen lassen²⁾, wurde ihm bei der Regierung sein Recht, der Prokurator legte Rekurs bei der österreichischen Hofkanzlei ein, während von dieser das Revisorium zugestanden wurde, ging die Regierung zum Entsetzen der Hofkammer, die meinte, es werde für alle Gläubiger des Kaisers ein böses Beispiel gegeben, wenn zur Beschimpfung des Ärars das exekutive Verfahren eingeleitet werde, mit Beschlagnahme gegen das kaiserliche Spiegellager vor³⁾. Da die Hofkammer notgedrungen ihren früheren Standpunkt aufgab und Vischer auch der Ansatz auf die der Rechenbergerschen Verlassenschaft noch vom Ärar oder dessen Strohmann Mikosch zu entrichtenden Obligationen, Gelder und Effekten bewilligt wurde⁴⁾, so lässt sich wohl annehmen, dass er endlich wenigstens den teilweisen Ersatz seines Schadens durchzusetzen verstand. —

Unter Mikosch' Leitung nahm die Spiegelfabrik einen lebhaften Aufschwung. Nach dem Zeugnisse eines gewiss auf seinen Vorteil bedachten Mannes, des Oberfaktors Simson Wertheimer⁵⁾, der dem Kaiser die Mittel für Mikosch lieferte und die Verlagssorge auf sich nahm, hat Mikosch das Unternehmen äusserlich und innerlich in trefflichen Stand gesetzt, Spiegel von besonderer Schönheit und der früher ganz ungewöhnlichen Höhe von 90 und mehr Zoll verfertigt und dabei den Preis um 20% verringert, sodass der Verschleiss sehr zunahm. Sein Amanuensis, dem die eigentliche Betriebsleitung zufiel, war der Hofkammersekretär Franz Edler von Saffran und dieser ausserordentlich tüchtige Fachmann fand sich auch⁶⁾, als Mikosch, kränklich und mit Amtsgeschäften überhäuft, den Kaiser um Enthebung von der Leitung bat, bereit, seine Kraft weiter der Fabrik zu widmen. Es fand ein Scheingeschäft statt, da der Geldgeber Wertheimer das Unternehmen nicht selbst führen konnte und wollte: am 31. März 1721 verkaufte Mikosch dem Saffran Fabrik und Güter, der Verkäufer erhielt seine

¹⁾ Praes. 3. Mai 1720 (Verschiedene Vorschläge a. a. O.). Vischer verlangte allerdings überdies Verzinsung des Kapitalwertes.

²⁾ Hofkammerdekret an den Prokurator 18. Mai 1721 (N.-Ö.).

³⁾ Hofkammer an die österr. Hofkanzlei 18. Dezember 1723 (N.-Ö.).

⁴⁾ Hofkammer an die n.-ö. Regierung und Kammer 23. Januar 1724 (N.-Ö.).

⁵⁾ Eingabe Wertheimers an den Kaiser (N.-Ö. Bancale a. a. O.).

⁶⁾ Vgl. Hecht S. 30 ff. für das unmittelbar Folgende.

Kapitalien und Effekten zurück, der Käufer trat in Mikosch' Pflichten gegenüber den Gläubigern ein und verpfändete alles dem Wertheimer, der die Abtragung des Kaufschillings und die Verlagsbeschaffung übernahm. Wieder bewährte sich nun Saffrans Leitung — Mikosch' Name blieb an der Spitze des Unternehmens — so sehr¹⁾, dass aus dem Ertragnisse das Verlagserfordernis, die öffentlichen Lasten und die Interessen der darauf verwiesenen Gläubiger bestritten, überdies Wertheimer die Zinsen seines Vorschusses richtig abgeführt und noch ein ansehnlicher Vorrat an allerlei Spiegelsorten erzeugt werden konnte; eine weitere Besserung war noch zu erwarten, wenn den Neuhauser Spiegeln die böhmischen Erblände durch Verbot oder hohe Einfuhrzollbelastung fremder Spiegel gewonnen wurden. Dann konnte die Fabrik nicht allein ohne Opfer des Ärars betrieben werden, sondern endlich auch Reingewinn abwerfen.

Nun hatte sich Saffran aber nur zur probeweisen Weiterführung der Administration auf ein Jahr in jenem Vertrage mit Mikosch verbunden und zu Ende des Jahres 1721 war Mikosch, offensichtlich ein Liebling des Kaisers, der auch für seine Witwe und Waisen sorgte, gestorben²⁾. Legte Saffran, der nur aus Rücksicht auf Mikosch jene Aufgabe übernommen hatte, die Funktion zurück, so stand das Schicksal des in bester Entwicklung begriffenen Unternehmens, mithin auch der Kapitalien Wertheimers, wieder in Frage. Begreiflicherweise drängte der Faktor, der sich um die österreichische Industrie grosse Verdienste erworben hat — er streckte z. B. auch für die Wiener Glanztaffelfabrik den Verlag vor — auf eine Sicherung des Weiterbetriebes und des Grafen Mikosch Erben mussten je eher je lieber trachten, der gefährlichen Verbindung der Fabrik mit ihrem Namen ledig zu werden und ein Absolutorium zu erreichen.

Wieder fand sich kein geeigneter Käufer: die orientalische Kompanie lehnte das Angebot ab, der ehemalige Konsument Vischer und

¹⁾ Hofkammerreferat (N.-Ö. Bancale a. a. O.).

²⁾ Mikosch's Witwe war Maria Franziska geborne v. Hammel (nicht Hamme oder Hanne, wie Wurzbach, Biogr. Lexikon des Kaisertums Österreich 18. Bd. S. 282 f. schreibt). Der Kaiser bewilligte ihr und ihren Kindern „motu proprio“ von 1. Januar 1722 an eine jährliche Pension von 4000 fl. aus den Berg- und Münzgefällen von Böhmen, solange bis die Töchter im geistlichen oder weltlichen Stande, der Sohn vom Kaiser versorgt seien; ging die Witve vorher mit Tod ab oder schritt sie zu einer neuen Ehe, so war die Pension den Kindern bis zur Versorgung zu bezahlen. (Befehl an die Universalbankalität, Hofkammer an die böhmische Kammer, Hofkammerdekret an Mikosch 5. Januar 1722, Hoffinanz.)

sein Genosse von Stropell stellten zu ungünstige Bedingungen¹⁾ — das Verlagerfordernis war eben zu hoch, jährlich etwa 18 000 fl., der Wert der Güter und Fabrik noch immer nur auf 90 000 fl., Beilass und Fabrikslager auf über 30 000 fl. veranschlagt, das Einfuhrverbot noch immer nicht durchgeführt. Die beste Wahl blieb Übernahme durch das Ärar, da Wertheimer erklärte, den Verlag und die Interessen drei Jahre lang weiter darzureichen, wegen der Rückzahlung sich mit Saffran zu verständigen und sogar gegenüber den Gläubigern die Sicherheit für ihre auf den Gütern und der Fabrik lastenden Kapitalien zu übernehmen²⁾. Eine neue wichtige Etappe in der Geschichte der Spiegelfabrik trat ein: ihr Übergang aus dem bloss tatsächlichen in das rechtsförmliche Eigentum des Staates.

Die Hofkammer überliess durch Vertrag vom 30. April 1723³⁾ an Saffran die drei Herrschaften, die Fabrik, den Warenvorrat und alle Zugehör für drei Jahre in Pacht, so dass er sie, gleich als wäre er Eigentümer, nutzen und alle Früchte daraus ziehen konnte, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen; anstatt einer jährlichen Pachtsumme hatte Saffran — hinter ihm stand Wertheimer — den Fabriksverlag und die Quartalinteressen sämtlicher auf Fabrik und Güter versicherten Gläubiger, alle Besoldungen und öffentlichen Lasten aus Eigenem, ohne Ersatz fordern zu können, zu bestreiten, die Kapitalien der Gläubiger abzustatten übernahm dagegen die Hofkammer; nach drei Jahren sollte alles in gleicher Quantität und gleicher oder besserer Qualität an die Kammer zurückfallen, der Pächter durfte keine Vergebung oder Veräusserung ohne ihre Zustimmung vornehmen, indes der Kaiser auch während der Dauer des Pachtkontraktes mit den Gütern und dem Industrieunternehmen eine neue Verfügung durch Verkauf oder anderweitige Verpachtung treffen konnte. Was Saffran unterdessen an Spiegeln und Wagengläsern verkaufte, hatte er bei der Beendigung des Pachtverhältnisses mit neuer Ware im gleichen Werte ohne Rabatt zu ersetzen, die ganz rohen Gläser um ein Drittel, die in der Schleiferei befindlichen und völlig geschliffenen um die Hälfte, die in Polierarbeit stehenden oder bereits polierten um drei Viertel des Tarifs. Auslagen

¹⁾ Vgl. Hecht S. 32. Die Lesung des Namens v. Stropell, den Hecht übergegangen hat, ist nicht sicher.

²⁾ Konzept eines Kommissionsreferats (N.-Ö. Bancale a. a. O.).

³⁾ Bei Hecht S. 32 die Vorschläge Saffrans; S. 33 die Bemerkung „Inwieweit diese Vorschläge angenommen wurden, lässt sich aus den Akten nicht feststellen“. Der Kontrakt liegt eben in der Abteilung Nieder-Österreich!

für Meliorationen sollten ihm ersetzt werden, den durch Elementarereignisse, Pest, Krieg und Feuer verursachten Schaden hatte die Hofkammer zu tragen, die sich auch wieder einmal verpflichtete, die Erlassung des Einfuhrverbotes für die böhmischen Länder zu befördern¹⁾, und den Schutz durch die Fiskalprokuratoren zusagte. Nun konnten endlich Unternehmen und Herrschaften in kaiserliches Eigentum übernommen²⁾, die Erben des Grafen Mikosch, denen der Kaiser natürlich auch die Rückzahlung der von Wertheimer auf seinen Befehl vorgestreckten 30 000 fl. nachgesehen hatte³⁾, aus der Gewere entlassen werden. —

Das Ziel, das ich mir gesteckt habe, ist erreicht, die Geschichte der Spiegelfabrik bis zum Übergange in rechtliches und tatsächliches Eigentum des Ärarz klargelegt. Mit schweren Schulden belastet⁴⁾,

¹⁾ Aufforderung der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei, zu einer gemeinsamen Beratung hierüber zusammenzutreten, 6. März 1724 (N.-Ö.).

²⁾ Versicherungsdekret für die Mikosch'sche Vormundschaft und Hofkammerdekret an Saffran, die Administration zu übernehmen, 30. April 1723 (N.-Ö.). Die Akten über die Umschreibung der Herrschaften beim landschaftlichen Gültbuch 3. März und 5. April 1724 (ebenda).

³⁾ Hofkammerreferat 5. April 1723 mit eigenhändiger Entscheidung Karls (N.-Ö.: vgl. Hecht S. 30); ebenso wurde ihnen die Hofkammertaxe und der Papieraufschlag mit 1575 fl. nachgesehen (Gesuch der Mikosch'schen Vormundschaft, Hofkammerreferat 14. Juli 1723 und Befehl an die Bankalität vom selben Tage, N.-Ö.).

⁴⁾ Die Hofkammer, die noch immer mit Unrecht die Ansprüche Vischers nicht einrechnete, beziffert bei der Übergabe der drei Herrschaften und der Fabrik an den Banko die Lasten mit 129 738 fl. 36 kr. Kapital und zwar 81 496 fl. 49½ kr. an die Rechbergersche Verlassenschaftsmasse, 48 241 fl. 46½ kr. an Simson Wertheimers Erben, alles zu 6% Interessen. Die der Rechbergerschen Verlassenschaft gebührenden 81 496 fl. 49½ kr. setzen sich aus dem Reste des Mikosch'schen Kaufschillings, da M. aus den ihm zugewiesenen 30 000 fl. nur die Landesabgaben mit 11 591 fl. 59 kr. 1 ⸵ und die Hofkammerforderung von 12 000 fl. (letztere tatsächlich nur mit 7 000 fl. bar; s. oben S. 310) und den Beilass mit 2 000 fl. beglichen, das Übrige zur besseren Einrichtung der Fabrik verwendet hatte, und einem andern, mir nicht sicher erklärlichen Posten von 15 089 fl. 3¾ kr. zusammen; wahrscheinlich bildete letzterer den Wert des Neuhauser Glasvorrates, den Mikosch übernommen hatte. Auf jene 81 496 fl. hatte Vischer, wie erwähnt, gerichtliches Verbot legen lassen; wurde dieses aufgehoben, so waren sofort die 15 089 fl. 3¾ kr. nebst den vom 1. Januar 1725 an laufenden Zinsen zu 6% zu bezahlen; mit letztem Januar 1725 begann auch die zuerst von Vischer, dann von Mikosch übernommene Verpflichtung der Zahlung des restlichen Kaufschillings von 66 408 fl. 3 ⸵ (hier mit 66 407 fl. 45¾ kr. angegeben) in acht Jahresraten (vgl. oben S. 310 A. 2), die aber auch erst nach Behebung des Verbots und Ansatzes erfolgen konnte. (Hofkammer an die Ministerialbankodeputation 26. Januar 1725, N.-Ö.).

doch unter günstigeren Betriebs- und Verkaufsverhältnissen, als die ersten zwei Jahrzehnte seines Bestandes geboten, ging das Unternehmen mit Beginn des Jahres 1725 in den Pfandbesitz der Wiener Stadtbank über¹⁾, die „wenngleich formell keine Staatsanstalt, so doch tatsächlich ein reines Staatskreditinstitut“ war²⁾, und ist seitdem im Eigentum, später auch im unmittelbaren Betriebe des Ärars bis zur Auflassung der Fabrik geblieben.

¹⁾ Orig. Kontrakt 6. September 1724, C. 446.

²⁾ F. v. Mensi, Die Finanzen Österreichs von 1701—1740. (Wien 1890) S. 214.